

Treibt das Internet den Rechtsextremismus an, Herr Fielitz und Herr Marcks?

Hass und Hetze gegen Minderheiten, die Demokratie erschütternde verschwörungsideologische Bewegungen und Aufrufe zur Gewalt – wie soziale Medien den Falschen in die Hände spielen. Ein Gastbeitrag.

VON MAIK FIELITZ
UND HOLGER MARCKS

Hass und Gewalt, Rechtsextremismus und Faschismus, das gab es doch alles schon vor der Digitalisierung! Solche oder ähnliche Kommentare tauchen immer wieder auf, wenn man auf die Rolle des Internets bei Prozessen der Radikalisierung zu sprechen kommt. Der Angeklagte dieses Arguments kann jedoch getrost als Strohmännchen gelten. Denn selbstredend behauptet keine seriöse Quelle, das Internet sei schuldig daran, dass es Rechtsextremismus überhaupt (noch) gibt.

Vielmehr dreht sich die Debatte darum, dass das Freiheitsversprechen der Digitalisierung sich auch gegen die Freiheit wenden kann. Mag auch das Internet für viele gesellschaftliche Akteure neue Möglichkeiten geschaffen haben, es ist nicht zu übersehen, dass gerade die extreme Rechte infolge des Siegeszugs sozialer Medien besondere Raumgewinne erzielen konnte. Darauf verweisen ihre globalen Wahlerfolge, aber auch die Zunahme rechter Militanz bis hin zum Terrorismus. Diesen Erscheinungen folgen neuerdings noch verschwörungsideologische Bewegungen, die ihren Wahn gegen die Institutionen der Demokratie richten.

Nun mag der zeitweilige Erfolg der extremen Rechten womöglich nur zufällig mit der Ausbreitung der sozialen Medien zusammenfallen. Immerhin finden sich rechtsextreme Einstellungen seit Jahrzehnten in allen westlichen Gesellschaften, und auch für das jüngste Wiedererstarken des Rechtsextremismus werden ganz unterschiedliche Gründe vermutet: von der Globalisierung und Liberalisierung über Prekarisierungserfahrungen und Abstiegsängste bis hin zu Elitenhass und Wohlstandschauvinismus.

„Wahrheit, Lüge und Unsinn stehen dabei gleichberechtigt nebeneinander. Und keine Faktenprüfung kann mit dem Tempo der sekundlichen Veröffentlichungen mithalten.“

Und dennoch: Will man verstehen, wie sich solche potenziellen Ursachen in eine Mobilisierung übersetzen, die über die schon lange bekannten Vorurteile in großen Teilen der Bevölkerung hinausgehen, bedarf es eines Blicks auf den medialen Wandel. Immerhin haben das Web 2.0 und die sozialen Medien neue Informationsbeziehungen geschaffen, über die sich die Wahrnehmung der Realität neu formiert.

Der digitale Faschismus, den wir in unserem Buch behandeln, ist dafür ein gutes Beispiel. Mit diesem Begriff beschreiben wir eine bestimmte Dynamik im virtuellen Raum, die dem Rechtsextremismus als Verstärker dient. Sie folgt der faschistischen Logik, mit Mythen einer nationalen Bedrohung ein ultranationalisti-

sches Revival anzuhetzen. In den vergangenen Jahren waren das vor allem Geschichten von einem „Bevölkerungsaustausch“, mit denen im digitalen Kontext mobilisiert wurde. Sie behaupteten etwa bürgerkriegsähnliche Zustände in Deutschland, wobei Vorfälle sogenannter Ausländergewalt als Vorboten des „Volkstods“ ausgedeutet werden. Mit der Realität hat das freilich wenig zu tun: Gewaltverbrechen gibt es heute in Deutschland deutlich weniger als vor 20, 30 oder 40 Jahren – der vermeintlich guten alten Vor-Merkel-Zeit.

Digitales Fenster zur Welt

Und doch war diese Vorstellung so wirkungsmächtig geworden, dass sie viele Menschen in den nationalen Widerstand leitete – und ihren extremsten Ausdruck in Angriffen auf Flüchtlinge und rechtsterroristischer Gewalt fand. Dieser neue Schwung für die extreme Rechte hängt eng mit den sozialen Medien zusammen, die nicht nur den Blick auf die Welt neu ordnen, sondern dem Rechtsextremismus auch die Möglichkeit gaben, diesen effektiv mitzuprägen.

Wir alle wissen um das Übermaß an toxischen Inhalten in den Timelines, Newsfeeds und Kommentarläusen, von den menschenfeindlichen Ergüssen und Gewaltfantasien, die zuvor meist nur im kleinen Kreise geäußert wurden und nun die große Runde machen. Die Wirte der digitalen Stammtische – also die Tech-Unternehmen – verdienen über Werbeeinnahmen gar ihr Geld damit.

Digitale Plattformen sind für viele das Fenster zur Welt. Über sie bezieht man Informationen, findet Gleichgesinnte, entwickelt Vorlieben. Gleichsam können politische Mobilisierungen kaum mehr auf ihre Vernetzungsdichte verzichten. Das gilt für „Fridays for Future“ und „Black Lives Matter“ ebenso wie für Querdenker und Pegida. Soziale Medien bieten die Möglichkeit, Menschen dauerhaft und zielgruppengerecht mit politischen Inhalten zu versorgen. Und mit zwei Klicks wird der Empfänger schon zum Botschafter kruder Ansichten, die sich so über endlose Nutzerketten verbreiten, angetrieben von impulsiven Interaktionen, verführt von den Algorithmen.

Dass nicht unbedingt etwas Erhellendes daraus folgen muss, wenn den Menschen nun mehr Informations- und Austauschmöglichkeiten zur Verfügung stehen, wissen wir nicht erst seit Corona. Ohne eine professionelle Selektion und Kontextualisierung fällt es vielen Menschen schwer, die Informationsflut

DIE GASTAUTOREN

Maik Fielitz (l.) ist Wissenschaftlicher Referent am Jenaer Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Holger Marcks (r.) lebt in Mannheim und ist assoziierter Forscher an der Hessischen Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main.

Gemeinsam veröffentlichten sie das Buch **„Digitaler Faschismus“**. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus*.



vor dem Hintergrund einer komplexen Welt einzuordnen. Dramatische Lokaleinsätze werden so schnell zur nationalen Angelegenheit. Wahrheit, Lüge und Unsinn stehen dabei gleichberechtigt nebeneinander. Und keine Faktenprüfung kann mit dem Tempo der sekundlichen Veröffentlichungen mithalten.

Da sich Rechtsextreme nicht an ethische oder moralische Standards gebunden fühlen, nutzen sie die digitalen Strukturen exzessiv für politische Desinformation, um eine alternative Wirklichkeit zu formen. Die

unzähligen hyperaktiven Accounts drehen an den Metriken sozialer Medien, um Mehrheitsverhältnisse zu verzerren und Masse zu simulieren. Das führt dazu, dass rechtsextreme Inhalte dank algorithmischer Verstärkung sichtbarer werden – wobei gerade dramatische Erzählungen von den Algorithmen belohnt werden, weil sie viele Klicks versprechen.

Das postredaktionelle Prinzip

Damit ist bereits der strukturelle Nachteil demokratischer Akteure in sozialen Medien angesprochen: Will man sich effektiv gegen rechts online engagieren, müsste man ähnlich manipulative Mittel anwenden, um sich Gehör zu verschaffen – zum Schaden des demokratischen Diskurses. Besonders perfide ist dabei auch, dass jede Form des Widerstands den Aufmerksamkeitsstrategien rechtsextremer Netzwerke in die Hände spielt. Denn im rechten Online-Treiben ist bereits mitgedacht, dass selbst die bestmögliche Form der Gegenrede die Sichtbarkeit und Tragweite rechtsextremer Propaganda erhöht.

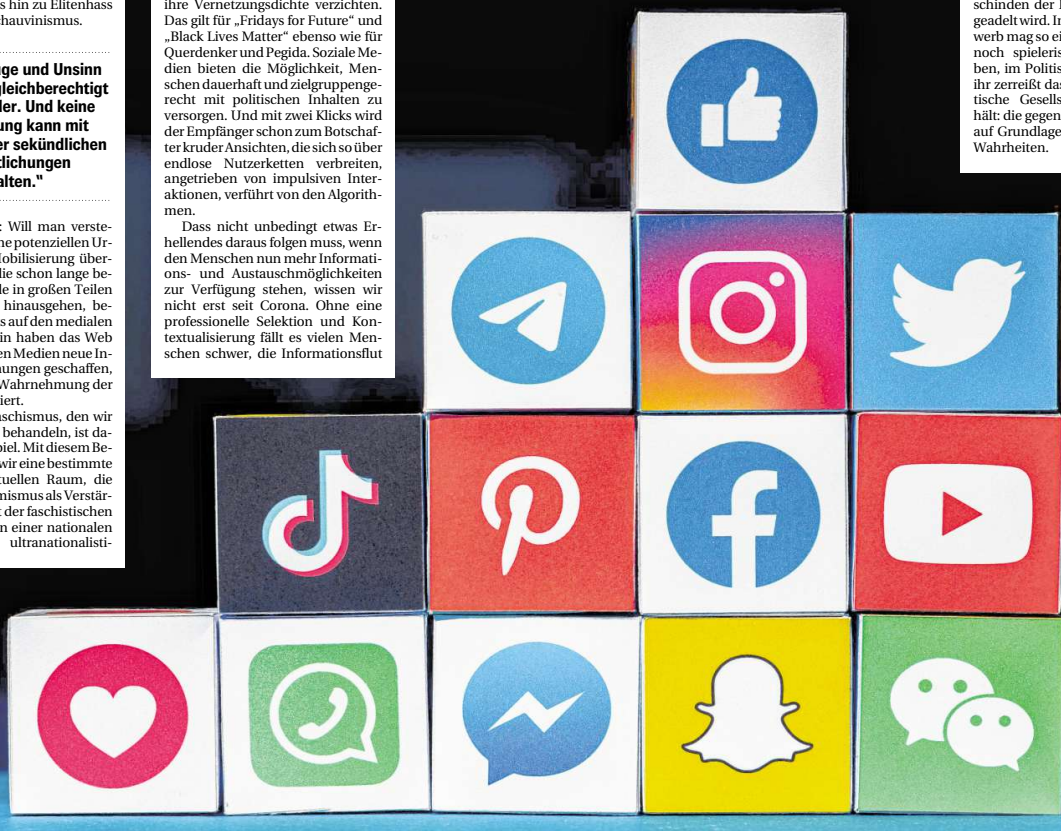
Nun meinen viele, das Problem würde sich von selbst erledigen, wenn rechtlich gegen Online-Hetze vorgegangen, wenn Hasspredigern die Bühne genommen und effektiver moderiert wird. Das sind sicherlich wichtige Schritte, die nun auch erste Ergebnisse zeigen. Das Problem beginnt für uns aber bereits auf einer anderen Ebene: Mythen von Bedrohung, Verschwörung und Verrat kommen auch ohne Hassrede und Gewaltaufrufe aus, sind also strafrechtlich nicht unbedingt relevant. Und dennoch wirken sie radikalisierend: Denn wer wirklich glaubt, dass

die Gemeinschaft existenziell bedroht ist, dem scheinen radikale Maßnahmen zwingend nötig. Sie gelten als Notwehr.

Das größte Einfallstor für solche Mythen ist das „postredaktionelle Prinzip“, für das die sozialen Medien stehen. Sie haben es zu einer Selbstverständlichkeit gemacht, dass jeder nun Inhalte an ein potenzielles Massenpublikum kommunizieren kann, ohne eine korrektive Instanz zu durchlaufen, die – wie die herkömmlichen Medien – an presserechtliche Regeln und journalistische Prinzipien gebunden ist. Deren Stärkung nach dem Zweiten Weltkrieg war beziehungsweise eine Reaktion auf die Erfahrung, welchen Schaden neuen Medien anrichten können, wenn sie unreguliert sind. Demokratie braucht Regeln für die Massenkommunikation, damit der politische Diskurs möglichst rational und faktenbasiert funktioniert.

„Was der verhasste Gegner tut, kann nicht richtig sein: Für Waldhof-Fans etwa ist klar, dass ein Lauterer am Boden als Schauspieler ausgebuht werden muss, während ein Zeitschinder der Buwe als ausgefuchst geadelt wird.“

In den USA können wir beobachten, wo es hinliefert, wenn postfaktische Diskurse überhandnehmen. Es macht sich einer Art von Stammesdenken breit, wie man es aus dem Fußball kennt: Was der verhasste Gegner sagt und tut, kann nicht richtig sein. Für Fans des SV Waldhof etwa ist klar, dass einer Lauterer am Boden als Schauspieler ausgebuht werden muss, während ein Zeitschinder der Buwe als ausgefuchst geadelt wird. Im sportlichen Wettbewerb mag so eine Überbefähigkeit noch spielerischen Charakter haben, im Politischen ist sie fatal. Mit ihr zerreißt das Band, das demokratische Gesellschaften zusammenhält: die gegenseitige Verständigung auf Grundlage gemeinsam geteilter Wahrheiten.



BUBER/ISTOCK/LOUISA FLEGM